

Zum Thema „380 kV-Freileitung“:

Politiker müssen Interessen der Bürger vertreten

Pischeldorf in Österreich: „Nur eineinhalb Wochen vor der Landtagswahl hatten die Gegner der 380-kV-Freileitung ihre Anliegen bei einer emotionalen Diskussionsveranstaltung in Pischeldorf noch einmal in den Blickpunkt gerückt. Wie schon bei den Gemeinderatswahlen verlor die ÖVP in vielen der betroffenen Gemeinden überdurchschnittlich, (...) im Bezirk Graz-Umgebung erlitt die Volkspartei zwei ihrer landesweit negativsten Ergebnisse in 380-kV-Gemeinden.“

Wäre ein derartiges Wahlergebnis auch in unseren Regionen denkbar?

Fakt ist, dass der Widerstand gegen die von der Firma E.on geplante 380 kV-Höchstspannungsfreileitung von Ganderkesee nach St. Hülfe nur von einigen wenigen Poli-

tikern in unserer Region unterstützt wird. Das Problem ist, dass deren Mitstreitern in den jeweiligen Fraktionen die Thematik unwichtig zu sein scheint.

Politiker werden gewählt, damit sie die Interessen der Bürger vertreten. Dieses geschieht bezogen auf die Freileitungsproblematik derzeit nicht ausreichend genug. Fakt ist, dass wir hier über eine Problematik sprechen, die inzwischen ganz Deutschland betrifft. Überall werden Höchstspannungstrassen wie zwischen Ganderkesee und St. Hülfe geplant. Der Bürgerwiderstand wächst immer mehr und nicht nur zwischen Ganderkesee und St. Hülfe.

Wenn in Zukunft politischer Seits weiterhin keine tatkräftige Unterstützung von den Fraktionen aller Parteien zu erfahren ist, dann müssen sich die Parteien nicht wundern, wenn es hier zukünftig zu Wahlergebnissen wie im o.g. Pischelsdorf kommt.

Auch in unserer Region hat sich eine Interessengemeinschaft gegründet, die sich gegen den Freileitungsbau auflehnt. Diese umfasst fast 3000 Mitglieder. Mit einer derart großen Zahl wäre sogar die Gründung einer neuen Partei möglich. 3000 Wählerstimmen sind regional gesehen nicht wenig, und es gibt in vielen anderen Regionen ähnliche Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften wie hier im Landkreis Oldenburg und Diepholz. Denkbar wäre z.B., dass es zu einem organisatorisch strukturierten Zusammenschluss mehrerer Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften kommt.

Alle Politiker aus den Fraktionen sollten gehalten sein, über ihren Zuständigkeitsbereich hinaus zu schauen und sich ihren engagierten Kollegen anschließen, ansonsten könnte einen die eigene Egozentrik bei der nächsten Wahl einholen.